

[Berlin, 26.6.1953]

**Bericht  
über die Auswirkungen der Beschlüsse des Politbüros  
und des Ministerrates auf dem Lande**

(Beratung mit den Sonderbeauftragten des Zentralkomitees am 26.6.1953)

Die Stimmung über den Beschluß des Politbüros und die anschließenden Verordnungen der Regierung werden auf dem Lande sehr unterschiedlich aufgenommen. In der Mehrzahl stimmen die Genossenschaftsbauern und die werktätigen Einzelbauern sowie die Landarbeiter dem Beschluß des Politbüros und den Verordnungen der Regierung zu und erklären, daß dadurch ihr Vertrauen zur Republik, der Partei und Regierung gestärkt wird.

Unter dem Einfluß feindlicher Argumentationen, die besonders die Großbauern betreiben, gibt es auch eine Reihe negativer Stimmungen, die sich besonders in den Dörfern auswirken, wo eine übergroße Zahl von Mittelbauern vorhanden ist. Dort werden Forderungen gestellt, wie freie Wirtschaft usw. Beeinflußt durch feindliche Argumentationen versuchen großbäuerliche und reaktionäre Elemente, die Politik der Partei und der Regierung zu diffamieren, was sich besonders in den Dörfern auswirkt, wo eine große Zahl von Mittelbauern vorhanden ist.

Eine ernste Erscheinung zeigt sich unter den Mitgliedern der Partei in den ländlichen Parteiorganisationen, wo noch keine völlige Klarheit über den neuen Kurs der Politik der Partei besteht und die neuen Beschlüsse oftmals sehr zögernd durchgeführt werden. Die Ursache ist darin zu suchen, daß bisher noch eine ungenügende Erläuterung der Beschlüsse unter den Mitgliedern der Parteiorganisationen auf dem Lande erfolgt.

Bei einer Reihe von Bezirks- und Kreisleitungen besteht die Tendenz bei der Rückgabe von Betrieben, insbesondere dort, wo Produktionsgenossenschaften sind, zuerst den Weg zu suchen, einen Austauschbetrieb anzubieten, obwohl die Möglichkeit vorhanden ist, einen solchen Betrieb herauszulösen, ohne die Existenzfähigkeit der Genossenschaft zu gefährden.

Wie erfolgt in den Bezirken die Rückgabe der Betriebe?

Nach der bisherigen Übersicht befinden sich im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik 18 950 Betriebe mit insgesamt 556 940 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, die nach den Verordnungen vom 17.7.1952 und 19.2.1953 in staatliche Verwaltung übernommen wurden. Darunter befinden sich in Bewirtschaftung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften 6 036 Betriebe mit 195 682 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche; bei den volkseigenen Gütern 1 119 Betriebe mit 41 727 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche; in Bewirtschaftung der Gemeinden 10 763 Betriebe mit 299 029 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche; in sonstiger Bewirtschaftung (Pächter) 1 032 Betriebe mit 19 611 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Den größten Anteil der in staatliche Verwaltung übernommenen Betriebe hat der Bezirk Schwerin mit 72 086 ha, weiterhin der

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Bezirk Potsdam mit 64 357 ha und der  
Bezirk Neubrandenburg mit 63 358 ha.

In Nutzung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften befinden sich			
im Bezirk Halle	809	Betriebe mit	31 618 ha
im Bezirk Magdeburg	1 934	" "	50 982 ha und
im Bezirk Schwerin	<u>732</u>	Betriebe mit	<u>18 784</u> ha.
	3 475		101 000

Eine genaue Übersicht über den Stand der Rückgabe bzw. der Anträge, die von Seiten der ehemaligen Besitzer gestellt wurden, liegt z.Zt. nicht vor und wird erst am 27.6.1953 durch die Bezirksleitungen an das Zentralkomitee gegeben. Einzelberichte zeigen, daß die Übergabe der Betriebe in den einzelnen Bezirken unterschiedlich ist. Bisher ist zu verzeichnen, daß sehr wenig Republikflüchtige Betriebe wieder übernommen haben; die Mehrzahl der Betriebe erhielten solche ehemaligen Besitzer, die sich in Haft befanden oder sich in der Republik aufgehalten haben.

Im Bezirk Erfurt haben 84 ehemalige Besitzer Anträge bei den Räten der Kreise gestellt, darunter befinden sich 66 Großbauern, 7 Mittelbauern, 11 Kleinbauern. Unter diesen sind 3 Republikflüchtige. 59 Betriebe wurden bereits an die Besitzer übergeben, die sich bisher in Verwaltung der Gemeinden, 8 Betriebe, die sich in Nutzung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften befanden.

Im Bezirk Schwerin haben 288 ehemalige Besitzer den Antrag auf Übernahme der Betriebe gestellt, davon wurden bisher 92 realisiert.

Im Bezirk Halle liegen erst 110 Anträge vor. Bisher wurden 10 Betriebe zurückgegeben.

Im Bezirk Suhl gab es bisher keinerlei Schwierigkeiten. Von 37 haben 34 ihre Wirtschaften zurückerhalten.

Ebenso wie im Bezirk Halle ging auch die Übergabe in Karl-Marx-Stadt sehr schleppend voran. Von 56 Antragstellern konnten erst 15 ehemalige Besitzer ihre Betriebe übernehmen.

Es gibt Erscheinungen, wo die Besitzer altershalber ihre Betriebe nicht übernehmen und diese an die Genossenschaften verpachten oder verkaufen oder weniger Boden nehmen wollen. Im letzteren Falle verfolgen sie die Absicht, erstens niedriger in der Erfassung zu kommen und zweitens in der Kategorie der werktätigen Bauern unterzuschlüpfen.

Es gibt auch solche Fälle, daß in den ersten Tagen die ehemaligen Besitzer durch den Bürgermeister ihre Betriebe übernommen haben bzw. von den Genossenschaftsbauern. Das führte insbesondere dazu, daß eine Beunruhigung unter den Genossenschaftsbauern eintrat, und es ist richtig, daß die Übernahme der Betriebe, die sich in Nutzung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften befinden, über den Rat des Kreises erfolgen muß.

Eine Reihe von haftentlassenen bzw. rückkehrenden ehemaligen Besitzern weigerten sich, ihre Betriebe aus dem Grunde zu übernehmen, da in einer Reihe von Fällen zu hohe Arbeitslöhne entstanden sind und sie nicht in der Lage wären, diese zu bezahlen. Bei der Mehrzahl der ehemaligen Landarbeiter, die heute Genossenschaftsbauern sind, ist festzustellen, daß diese nicht zu den Großbauern zurückkehren und bei eventueller Auflösung

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

der Genossenschaft in eine andere Genossenschaft eintreten bzw. in die Industrie gehen wollen.

## II.

### Erscheinungen in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

Übereinstimmend bringen die Berichte der Sonderbeauftragten zum Ausdruck, daß der Beschluß des Politbüros und der Verordnungen der Regierung in einer Anzahl von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften pessimistische Stimmungen hervorgerufen haben. Das findet seinen Ausdruck in dem Rückgang der Arbeitsfreudigkeit der Genossenschaftsmitglieder und Diskussionen über die Rückgabe verlassener Wirtschaften und in einzelnen Fällen Auflösungserscheinungen durch Austritt einer Reihe von Genossenschaftsmitgliedern.

Nach der bisherigen Übersicht gibt es in der Republik 4930 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften.

Davon sind Typ I	3 275
II	219
III	1 436.

Sie bewirtschaften insgesamt 747 665 ha.

Insgesamt werden in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften 64 149 Betriebe mit einer Mitgliederzahl von 137 971 bewirtschaftet. Den größten Flächenanteil haben die Betriebe in Größe von 5 – 10 ha.

Unter den Mitgliedern der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften befinden sich  
34 552 ehemalige Landarbeiter  
38 508 Neubauern und  
15 172 Altbauern.

Über die Auflösungen von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften besteht nach dem Stand vom 24.6.1953 folgende Übersicht:

	Austritte	Auflösungen	beabsichtigte Auflösungen
Bezirk Rostock	1	6	15
Bezirk Neubrandenburg	9	2	9
Bezirk Schwerin	-	-	4
Bezirk Potsdam	8	4	2
Bezirk Frankfurt	-	-	14
Bezirk Cottbus	2	1	19
Bezirk Magdeburg	3	2	-
Bezirk Halle	2	-	2
Bezirk Erfurt	3	-	-

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Bezirk Gera	8	2	5
Bezirk Suhl	8	5	1
Bezirk Dresden	1	-	4
Bezirk Leipzig	1	2	3
Bezirk Karl-Marx-Stadt	1	-	3

Insgesamt gibt es in der Republik

bisher:                      48 Austritte  
                                   24 Auflösungen  
                                   81 beabsichtigte Auflösungen.

Anträge auf Austritt nach der Ernte entsprechend dem Statut haben ca. 120 gestellt.

Die Ursachen der Auflösung sind folgende:

1. Einfluß generischer Argumentationen, die sich unter den Mittelbauern auswirkt.
2. Die erst vor kurzem gebildeten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die keine feste Arbeitsorganisation, die Mitglieder noch individuell ausgesät haben und sich größtenteils in Typ I befinden.
3. Genossenschaften, die nicht auf rein freiwilliger Basis gegründet wurden, wo sich spekulative Elemente eingeschlichen haben.
4. Genossenschaften, die sich mitgliedermäßig nicht weiter entwickelt haben, wo keine feste Arbeitsorganisation besteht, die im Rahmen des Einkommens größere Ausgaben gemacht haben.
5. In einigen Fällen lösten sich auf Grund der Rückgabe an die ehemaligen Besitzer Genossenschaften auf.

[...]

*[Quelle: SAPMO-BArch, NY 4062/95, Bl. 124-131.]*

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---